

# Mehr Europa

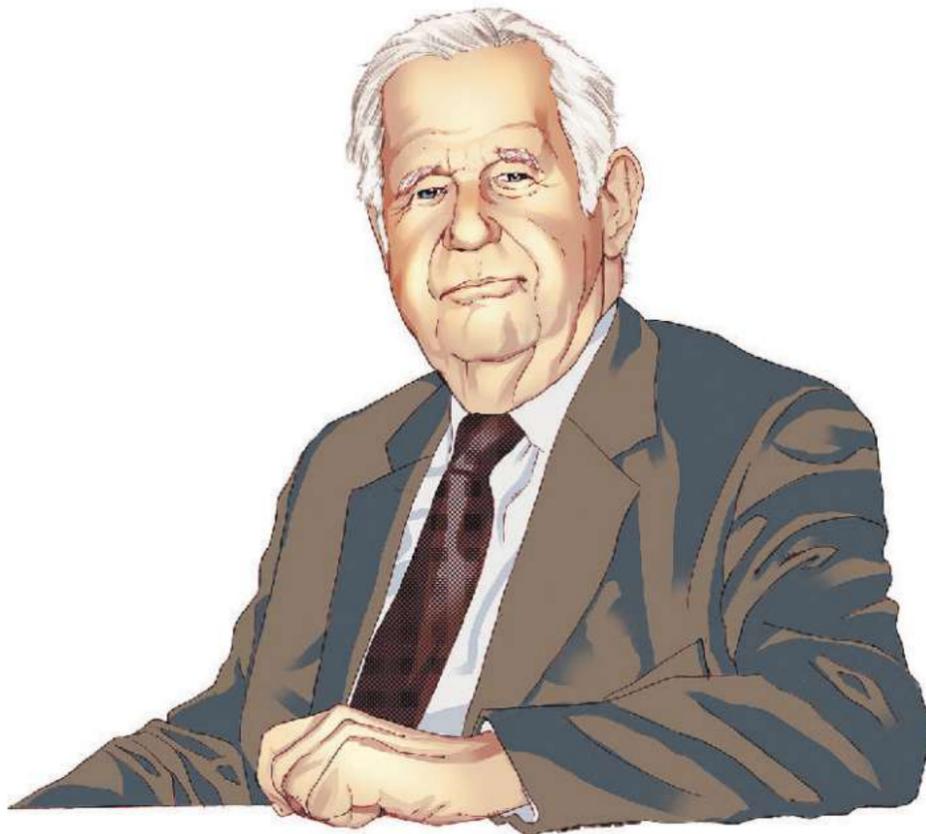
**Kurt Biedenkopf** plädiert für eine unabhängige EU-Finanzinstitution, weil nationale Behörden politisch überfordert sind.

Ende September hat das Europäische Parlament sechs Richtlinien zur wirtschaftspolitischen Steuerung der EU verabschiedet. Besondere Bedeutung haben die Vorschriften zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und für ihre bessere Überwachung. Im Parlament fanden sie nur eine knappe Mehrheit: Die Mitte-links Fraktionen enthielten sich oder stimmten dagegen aus Sorge, der „Six-Pack“ könne zulasten von Wachstum und Beschäftigung wirken.

Damit wird ein Widerspruch angesprochen, der in der Zielsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) angelegt ist. Die setzt voraus, dass stabiler Geldwert, Vollbeschäftigung und ausgeglichene Handelsbilanz nur bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum einzulösen sind. Finanzpolitische Stabilität und wirtschaftliches Wachstum sollen gleichermaßen zu verwirklichen sein. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sprechen dagegen. Seit Einführung des Euros ist die durchschnittliche Schuldenquote gestiegen. Heute nehmen wir Kredite auf, um Wachstum zu generieren, und hoffen, mit den zusätzlichen Erträgen die Staatsschulden zu verringern. Schuldenfinanziertes Wachstum, um Schulden zu bezahlen!

Die Entwicklung zeigt dreierlei. Erstens fehlen Kriterien, um Konflikte zwischen den Zielen Stabilität der Staatsfinanzen und Wachstum des BIP zu bewältigen. Geht es nach dem Stabilitätsziel des SWP, darf man schuldenfinanzierte staatliche Wachstumsförderung etwa zur Überwindung von Arbeitslosigkeit nicht zulassen. Folgt man dem Wachstumsimperativ des SWP, sind staatliche Stimuli auch dann gerechtfertigt. Was aber, wenn die Sanierung des öffentlichen Haushalts die Wirtschaftsleistung schrumpfen lässt wie in Griechenland? Sollte sich der Stabilitätsimperativ auch dann durchsetzen?

Wie ist zu entscheiden, wenn Ratingagenturen die Bonität italienischer Staatsanleihen mit der Begründung herabsetzen, das Wirt-



schaftswachstum sei nicht ausreichend. Rechtfertigt das Urteil der Finanzmärkte eine schuldenfinanzierte staatliche Wachstumsförderung, auch wenn sie die finanzpolitische Stabilität zusätzlich gefährdet?

Zum Zweiten ist unklar, was wachsen soll. Das BIP als Maßstab leistet immer weniger. Andere, vergleichbar einfach zu handhabende Kriterien fehlen bisher. Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit des Staates steigern, können das BIP verringern: bessere Res-

ourcenverwendung oder intelligentere Organisation der Arbeit. Sollen derartige positive Bemühungen ebenfalls von den Ratingagenturen bewertet werden?

Schließlich drittens: Wie steht es mit dem theoretischen Rüstzeug, um Märkte einzuschätzen, ihre Reaktionen vorherzusehen, die Wirksamkeit staatlicher oder privater Akteure zu bewerten? Die unter den Ökonomen ausgebrochene Debatte über die eigene Disziplin offenbart eine wachsende Unsicher-

heit. Wie sollen die politisch Handelnden zu annähernden Gewissheiten gelangen, wenn bisherige wissenschaftliche Sicherheiten zu Unsicherheiten werden und damit die Gefahr weiterer Politisierung des SWP erhöhen?

Diese Fragen werden bisher nicht ausreichend thematisiert, geschweige denn beantwortet. Stattdessen beobachten wir tastende Versuche, die Spannungen zwischen nationaler und gemeinsamer Verantwortung aufzulösen. Sie sind notwendig, decken aber zugleich das Dilemma auf, dessen Ursache in der Überzeugung liegt, Wirtschaftswachstum habe eine existenzielle Bedeutung für die Demokratie.

Dieses Dilemma lässt sich nur beherrschen, wenn das nachgeholt wird, was 1998 versäumt wurde: der EZB eine zweite, ebenso unabhängige Behörde in Gestalt einer europäischen Finanzinstitution an die Seite zu stellen, wie George Soros es kürzlich im Handelsblatt empfahl. Ihr wird man eher zutrauen, ein Verhältnis von Stabilität und Wachstum zu entwickeln, das sich an den Zukunftsaufgaben Europas misst.

Die nationalen Parlamente sind an dieser Begrenzung bisher gescheitert. Sie werden ungeachtet aller fiskalischen Selbstbindungen auch weiter scheitern, wenn sie mit deren politischen Kosten alleingelassen werden. Dagegen sind der Rat, die Kommission und der Ecofin zu politisch angelegt, um Unabhängigkeit zu gewährleisten. Und sie sind vorrangig auf Wachstum ausgerichtet.

Nur der Wille zur weiteren Integration der Finanzpolitik in Gestalt einer selbstständigen Institution kann das Dilemma des SWP auflösen; einer Institution, die ihre Unabhängigkeit auch unter Stressbedingungen wahrht. Keine noch so entschiedene Kontrolle des nationalen fiskalischen Verhaltens wird das eigentliche Problem der Euro-Krise bewältigen.

**Der Autor war Ministerpräsident von Sachsen.**  
Sie erreichen ihn unter:  
[gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

Mart Klein

## Handelsblatt Shop

Die zehn besten  
Wirtschaftsbücher 2011.

Jetzt alle Bücher im  
Gesamtpaket bestellen  
für nur 184,61 €\*

Jetzt die zehn Finalisten des Deutschen Wirtschaftsbuchpreises bestellen:  
[www.handelsblatt-shop.com](http://www.handelsblatt-shop.com) oder gebührenfrei unter 0800.000 20 56\*\*

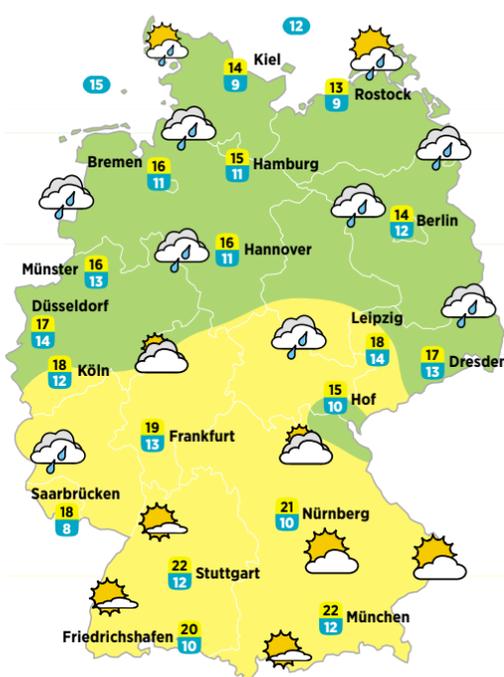
\* Preisangabe inkl. gesetzlicher MwSt., Bücherlieferungen sind versandkostenfrei. \*\* Kostenlos aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min.

## BUSINESS-WETTER 11.10.

### Deutschland

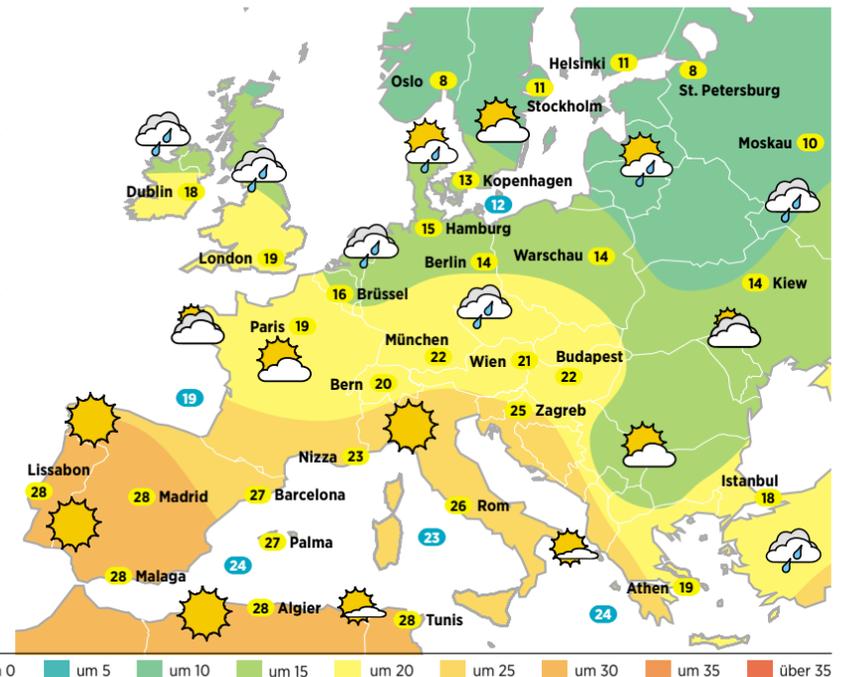
Bei aufgelockelter bis starker Bewölkung gibt es besonders im Norden von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen bis nach Berlin-Brandenburg sowie in der Landesmitte von Nordrhein-Westfalen über Hessen bis nach Thüringen gebietsweise Regen. Den meisten Sonnenschein findet man ganz im Süden, am Alpenrand vor. Aber auch hier gibt es anfangs noch regional starke Bewölkung oder ein paar Nebelfelder. Der Wind weht mäßig bis lebhaft aus West. Die Tageshöchsttemperaturen liegen zwischen 14 Grad im Norden und bis zu 23 Grad im Süden.

Darmstadt	stark bewölkt	18°
Dortmund	Regen	16°
Duisburg	Regen	16°
Essen	Regen	16°
Hildesheim	Regen	17°
Mannheim	wolkig	20°
Potsdam	Regenschauer	14°
Sylt	Regenschauer	13°
Wolfsburg	Regenschauer	15°



### Welt

Amsterdam	17°
Bangkok	30°
Buenos Aires	23°
Chicago	26°
Genf	18°
Hongkong	29°
Johannesburg	27°
Kairo	29°
Kapstadt	23°
Los Angeles	26°
Mailand	24°
Manila	33°
Mexiko Stadt	25°
Miami	30°
New York	24°
Peking	20°
Prag	19°
Stockholm	11°
Tokio	24°
Washington	25°
Wien	21°
Zürich	18°



unter 0 um 0 um 5 um 10 um 15 um 20 um 25 um 30 um 35 über 35  
Handelsblatt | Mehr Wetter unter [www.handelsblatt.com/wetter](http://www.handelsblatt.com/wetter) | Quelle: mowis.com